

Satzung für das Komitee für eine demokratische UNO

Beschlossen von der Gründungsversammlung am 7. Februar 2004 in Stuttgart, geändert von den Mitgliederversammlungen am 10. Oktober 2004 in Neuss, 26. Januar 2008 in Berlin und 24. Januar 2009 in Berlin.

§ 1 Name, Sitz und Neutralität

(1) Der Verein führt den Namen "Komitee für eine demokratische UNO" (KDUN) und wird in das Vereinsregister eingetragen.

(2) Der Verein hat seinen Sitz in Berlin.

(3) Der Verein ist überparteilich und weltanschaulich neutral.

§ 2 Zweck und Ziel

(1) Der Verein setzt sich für eine Demokratisierung und Stärkung des Systems der Vereinten Nationen und aller Global-Governance-Prozesse ein. Die Ziele des Vereins sind insbesondere:

- a) Die Förderung einer kosmopolitischen Ausrichtung der Gesellschaft;
- b) Die Förderung der Völkerverständigung und kontinentaler Integration;
- c) Die Förderung des Weltfriedens und der internationalen Beziehungen;
- d) Der Aufbau globaler Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- e) Die Ächtung und Verhinderung von Krieg, Völkermord und Vertreibung;
- f) Die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen der Welt;
- g) Die Förderung einer nachhaltigen und selbstbestimmten Entwicklungspolitik.
- h) Die Förderung globaler sozialer Gerechtigkeit.

(2) Zur Verwirklichung der in den ersten drei Absätzen genannten Ziele sind hauptsächlich vorgesehen:

- a) Öffentlichkeitsarbeit;
- b) Erarbeitung und Veröffentlichung von Fachpublikationen, Analysen und Berichten;
- c) Zusammenarbeit mit Parlamentariern, Regierungsvertretern und Personen des öffentlichen Lebens im In- und Ausland;

d) Zusammenarbeit mit und Koordination von Vereinen, Körperschaften, Nichtregierungsorganisationen und anderen Organisationen im In- und Ausland

§ 3 Gemeinnützigkeit

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Die Mittel des Vereins werden ausschließlich für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet.

(2) Die Mitglieder erhalten in dieser Eigenschaft keine Zuwendungen aus dem Vereinsvermögen. Keine Person darf durch Aufwendungen, die dem Vereinszweck fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden. Mitglieder erhalten bei Ausscheiden oder Auflösung des Vereins keine Anteile des Vermögens.

§ 4 Organe

Die Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 5 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, mindestens einem stellvertretenden Vorsitzenden und mindestens einem Beisitzer. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind ausschließlich der Vorsitzende und der bzw. die stellvertretende(n) Vorsitzende(n).

(2) Die Mitglieder des Vorstands werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt. Sie bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Der Vorstand bestellt aus seiner Mitte heraus den Vorsitzenden und den bzw. die stellvertretenden Vorsitzenden.

(3) Für die Dauer seiner Amtsperiode kann der Vorstand durch einstimmigen Beschluss weitere Vorstandsmitglieder kooptieren. Dies gilt insbesondere für die Wiederbesetzung von durch Rücktritt freigewordenen Stellen. Kooptierte Vorstandsmitglieder sind bei der nächstfolgenden Mitgliederversammlung zu bestätigen.

(4) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich in allen Vereinsangelegenheiten durch den Vor-

stand im Sinne des § 26 BGB vertreten. Jedes Mitglied dieses Vorstands ist allein vertretungsbe-rechtigt.

(5) Im Innenverhältnis wird der Vorstand durch den Vorsitzenden und im Fall einer Verhinderung, Amtsniederlegung oder eines Rücktritts in der Reihenfolge der Wahl durch einen stellvertretenden Vorsitzenden vertreten.

(6) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins und regelt die Geschäftsverteilung unter sich. Der Vorstand kann darüber hinaus insbesondere Beauftragte für besondere Aufgaben bestellen, einen Beirat einrichten und hauptamtliches Personal einstellen.

(7) Soweit nicht anders geregelt, trifft der Vorstand seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der Vorstandsmitglieder.

(8) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 6 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung wird mindestens alle zwei Jahre vom Vorstand schriftlich einberufen. Der zeitliche Abstand zwischen zwei Mitgliederversammlungen darf vierundzwanzig Monate nicht überschreiten.

(1a) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn dies mindestens der vierte Teil der Mitglieder verlangt.

(2) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie mit einer Einladungsfrist von mindestens vier Wochen einberufen worden ist. Abstimmungsberechtigt sind alle anwesenden ordentlichen Mitglieder.

(3) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben und Kompetenzen:

1. Wahl des Vorstandes gem. § 5 Abs. 2,
2. Entgegennahme des Rechenschaftsberichts und Entlastung des Vorstands,
3. Wahl eines Rechnungsprüfers,
4. Beschlüsse über Änderungen der Satzung,
5. Beschluss über Auflösung des Vereins gem. § 11.

(4) In besonderen Fällen kann die Mitgliederversammlung auf vorherigen schriftlichen Antrag von mindestens vier ordentlichen Mitgliedern ein oder mehrere Mitglieder des Vorstands vor Ablauf der Amtsperiode des Amtes entheben und freigewor-

dene Positionen für die Dauer der restlichen Amtsperiode neu besetzen.

(5) Soweit nicht anders geregelt, trifft die Mitgliederversammlung ihre Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.

(6) Für Beschlüsse nach Abs. 3 Nr. 4 und 5 sowie Absatz 4 ist Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder erforderlich.

(7) Jede Mitgliederversammlung wählt einen Versammlungsleiter und einen Protokollführer. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden vom Protokollführer beurkundet. Die Protokolle sind vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 7 Ordentliche Mitglieder

(1) Ordentliches Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die sich auf dem Tätigkeitsgebiet des Vereins besonders engagiert oder engagiert hat und sich mit den Vereinszielen identifiziert.

(2) Die ordentliche Mitgliedschaft wird auf schriftlichen Antrag durch eine Aufnahmeentscheidung des Vorstands erworben.

(3) Die Beendigung der ordentlichen Mitgliedschaft ist durch schriftliche Austrittserklärung jederzeit zulässig. Eventuell bezahlte Beiträge werden nicht zurück erstattet. Ansonsten endet die Mitgliedschaft durch Tod oder Ausschluss.

§ 7a Ausschluss

(1) Ordentliche Mitglieder, die bei der Aufnahme falsche Angaben zur Person gemacht haben, grob vereinschädigend wirken oder schwerwiegend gegen die Satzung verstoßen, können auf einstimmigen Beschluss des Vorstands ausgeschlossen werden. Das betroffene Mitglied ist unter Ankündigung des beantragten Beschlusses um schriftliche Stellungnahme zu bitten und über das Ergebnis in Kenntnis zu setzen.

(2) Ist im Falle einer Entscheidung gemäss Abs. 1 ein Vorstandsmitglied betroffen, so ist es bei der entsprechenden Abstimmung im Vorstand nicht abstimmungsberechtigt. Mit Wirkung des Beschlusses ruht das Vorstandsamt und die ordentliche Mitgliedschaft. Der Beschluss ist binnen sechs Monaten von der Mitgliederversammlung zu bestätigen. Das betroffene Vorstandsmitglied hat das Recht, vor der Mitgliederversammlung Stellung zu nehmen.

(3) Sollen mehrere Personen gemäss Absatz 1 oder 2 ausgeschlossen werden, so ist für jede Per-

son ein individueller Beschluss erforderlich. Ein Beschluss, der mehr als eine Person gleichzeitig betrifft, ist unzulässig.

§ 8 Institutionelle Mitglieder

Institutionelle Mitglieder sind juristische Personen im In- und Ausland, die dem Verein auf Einladung des Vorstands beitreten und seine Ziele ideell, materiell oder operativ besonders unterstützen.

§ 9 Förderkreis

(1) Der Förderkreis umfasst alle Fördermitglieder des Vereins. Die Fördermitgliedschaft in Form ideeller oder materieller Unterstützung ist für jede natürliche und juristische Person möglich.

(2) Die Fördermitgliedschaft wird durch Beschluss des Vorstands erworben. Die Einzelheiten regelt der Vorstand in seiner Geschäftsordnung.

(3) § 7 Abs. 3 und § 7a Abs. 1 und 3 gelten entsprechend.

(4) Die Fördermitglieder werden regelmäßig über die Aktivitäten des Vereins informiert und werden zu Veranstaltungen des Förderkreises eingeladen.

(5) Fördermitglieder haben als solche keine repräsentative Funktion.

(6) Eventuelle operative Tätigkeit findet in enger Abstimmung mit dem Förderkreisbeauftragten des Vorstands und nur in seinem Auftrag statt.

§ 10 Finanzen

(1) Die zur Durchführung der Aktivitäten erforderlichen Mittel werden insbesondere durch Förderbeiträge der ordentlichen Mitglieder, der institutionellen Mitglieder und der Fördermitglieder sowie durch Spenden aufgebracht.

(2) Über die Modalitäten der Beiträge entscheidet die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung kann die Regelungsbefugnis widerruflich an den Vorstand delegieren.

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

(4) Bis spätestens Ende April des folgenden Jahres ist vom Vorstand ein Rechenschaftsbericht zu erstellen, der Auskunft über das Vermögen, sowie die Herkunft und die Verwendung der Mittel gibt, die dem Verein innerhalb des vorangegangenen Kalenderjahres zugeflossen sind.

§ 11 Auflösung

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt sein Vermögen an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung zur Förderung der Völkerverständigung.

§ 12 Redaktionelle Änderungen

Redaktionelle Änderungen der Satzung - auf Verlangen des Amtsgerichts oder anderer Behörden - können vom Vorstand ohne Beschluss der Mitgliederversammlung vorgenommen werden, sofern Satzungsbestimmungen nicht in ihrem Wesenskern berührt werden.